

Stand: 30.04.2026 15:20:00

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/5084

"Bayern Barrierefrei 2025"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/5084 vom 20.03.2014
2. Plenarprotokoll Nr. 47 vom 18.06.2015

Initiativdrucksache 17/5084 vom 20.03.2014

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Margit Wild

Abg. Joachim Unterländer

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Kerstin Celina

Abg. Eberhard Rotter

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Kerstin Schreyer-Stäblein

Abg. Joachim Hanisch

Präsidentin Barbara Stamm

Staatsministerin Emilia Müller

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Interpellation der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ruth Waldmann, Margit Wild u. a. und Fraktion (SPD)

Bayern barrierefrei 2025 (Drs. 17/5084)

Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Wild von der SPD. Bitte schön, Frau Kollegin.

(Beifall bei der SPD)

Margit Wild (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es prima, dass wir dieses wichtige Thema der Barrierefreiheit am Morgen diskutieren. Es handelt sich nicht um irgendein Thema, sondern um ein Thema, das die gesamte Gesellschaft betrifft. Deshalb ist es eine Herausforderung für uns alle.

(Beifall bei der SPD)

Der Ministerpräsident hat im Jahr 2013 erkannt, dass dies ein Thema ist, das er aufgreifen muss. Allerdings hat er den Fehler gemacht, zu sagen, dies sei in zwölf Jahren zu schaffen. Er hat im Jahr 2013 gesagt: Bayern barrierefrei – 2023.

(Steffen Vogel (CSU): Zehn Jahre!)

– Okay, zehn Jahre. Das ist noch schlimmer. – Er hat gedacht, dass wir es in zehn Jahren schaffen, unseren Freistaat barrierefrei zu machen. Das ist eine hoch anspruchsvolle Aufgabe und ein hehres Ziel. Nur muss man, wenn man sich solche Ziele setzt, sehr sorgfältig vorgehen. Da muss man zunächst einmal eine Bestandsaufnahme machen. Was heißt überhaupt "barrierefrei"? Wie kann ich es schaffen, dieses Ziel zu erreichen? Welche finanziellen Mittel brauche ich dafür? Wen muss ich gegebenenfalls einbeziehen? – Wie es halt so oft ist: Es war ein schöner Heißluftballon, der alsbald zerplatzt ist. Ich glaube nicht, dass Ihr Ministerium, Frau Emilia Müller, einbezo-

gen war. Ich glaube auch nicht, dass Sie, Herr Spaenle, mit einbezogen waren – jetzt ist der Herr Spaenle gerade weg –, oder Sie, Herr Söder. Ich glaube nicht, dass man das mal ernsthaft abgeklopft hat. Das ist ein schöner Heißluftballon. Und dann merkt man: Die Realitäten sind ganz einfach andere.

(Beifall bei der SPD)

Dann sucht man hurtig nach einem Ausweg.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

- Die Heißluftballons des Ministerpräsidenten rufen offensichtlich aufseiten der CSU große Unruhe hervor. Ich meine, wenn man ein solches Thema angeht, muss man seriös arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, dass wir als SPD-Fraktion das sehr gut und sehr verantwortungsvoll gemacht haben. Das gilt in der Politik als wichtige Basis. Wir haben uns nämlich im vergangenen Oktober die Mühe gemacht, über 270 Fragen zu stellen. Natürlich waren das enorme Mühen - das gebe ich zu, Frau Staatsministerin. Dafür hat sich das Ministerium ordentlich ins Zeug legen und Antworten geben müssen. Das will ich nicht in Abrede stellen. Da ist schon eine gute und interessante Arbeit gemacht worden. Erst wenn man die Basis, die Daten hat, kann man sagen: Jetzt macht man einen Aktionsplan, weil das Ziel schließlich steht. In diesem Aktionsplan setzt man Prioritäten, wie das in der Politik normal ist. Möglicherweise fängt man mit dem Einfachen an und bewegt sich hin zum Schwierigen. - Aber all das ist nicht passiert. Die Antworten sind in Teilen sehr interessant. Da war das Ministerium – das muss ich einmal sagen – nicht unehrlich. Zum Bereich der Hochschule stand zu lesen: Wir erkennen sehr deutlich, dass es noch eine ganz große Herausforderung sein wird, barrierefreie Hochschulen und barrierefreie Hörsäle zu schaffen. Demzufolge hat man eine Gruppe eingerichtet mit dem Ziel, bis 2018 die Hochschulen und Hörsäle barrierefrei zu machen. - Na ja,

da sage ich: Das ist ein wunderbares Ziel. Hoffentlich bekommen die das hin. Die Hirne und das Denken wären ja möglicherweise vorhanden. Wenn man aber so etwas machen will – und das ist im Bereich der Hochschulen außerordentlich wichtig -, braucht man ganz einfach Geld. Das muss man wissen, und man muss das Geld rechtzeitig einstellen.

(Beifall bei der SPD)

Ich bleibe bei den Hochschulen. Wir haben Gott sei Dank sehr viele Studierende. Es gibt Studierende, die eingeschränkt sind, sei es, weil sie einen Rollstuhl benutzen müssen, sei es, weil sie Gehhilfen benutzen, oder sei es, dass sie einen Assistenten benötigen, um das Studium an der Hochschule zu bewältigen. Auch diese jungen Leute wollen selbstständig und unabhängig wohnen. Die Situation der Wohnheime ist alles andere als rosig. Ich habe mir die Zahlen angeschaut. Zum Beispiel sind von den knapp 2.000 im Bau befindlichen Wohnheimplätzen ganze 17 rollstuhlgerecht; von den 2.000 sind ganze 17 rollstuhlgerecht! Da muss noch eine Menge Geld hineinfließen, um diesen jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, selbstständig und eigenständig zu wohnen.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zu den Schulen. Das ist ja eher mein Bereich. Wie Sie wissen, gehöre ich der interfraktionellen Arbeitsgruppe an. - Sehr viele Schulen haben sich die Mühe gemacht zu antworten. Es waren mit Sicherheit Fragen - das macht auch die Antwort des Ministeriums sehr deutlich -, die in erster Linie sensibilisiert haben. Das Ministerium schreibt ehrlicherweise, dass das Thema durch die Anfrage der SPD vielleicht erstmals stark ins Bewusstsein gerückt wird. Das ist hochinteressant. Wir können auch hier feststellen, dass es noch in weiten Teilen – das gilt wahrscheinlich durchgängig für alle Bereiche – der Sensibilisierung und der Bewusstseinsbildung bedarf. Das heißt für mich ganz konkret: In die Öffentlichkeitsarbeit müssen Hirnschmalz und Geld gesteckt werden. Ansonsten können wir dieses Ziel in keiner Weise erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich sind unsere Schulen schon teilweise behindertengerecht ausgestattet. Von über 6.000 Schulen haben immerhin 4.000 geantwortet. Demnach ist bei 60 % der Eingangsbereich für Rollstuhlfahrer erreichbar. Schwieriger wird es bei den anderen Ebenen. Dort kommen nur 30 % hin. Immerhin 40 % der Schulen verfügen über behindertengerechte Toiletten. Das ist doch schon mal etwas! Aber auf der anderen Seite muss man ganz klar sagen: Unsere Kommunen brauchen Hilfe bei der Beratung. Sonst können sie das nicht stemmen; denn barrierefreies Bauen ist kein leichtes Thema. Zudem haben nicht alle Architektinnen und Architekten Erfahrung auf diesem Gebiet. In der Architektenkammer gibt es nur einen Architekten, der sich darauf versteht. Die Kommunen brauchen Hilfe und Unterstützung, was das Bauen betrifft. Sie brauchen aber auch eine Beratung zur Umsetzung.

Last but not least kam gestern das Papier des Deutschen Städtetags. Es gibt auch in Bayern ganz große Disparitäten, was die finanzielle Ausstattung unserer Kommunen betrifft. Kommunen wie zum Beispiel Regensburg können sich in ihren Schulen Dinge leisten, die sich andere Kommunen nicht leisten können. Wir sprechen immer von der Gleichwertigkeit. Deshalb müssen unsere Kommunen über ein echtes Sonderinvestitionsprogramm Barrierefreiheit sehr massiv unterstützt werden. Die SPD wird das fordern.

Ich komme zur Öffentlichkeitsarbeit. Dafür ist Geld erforderlich. Für die Sonderinvestition in die Barrierefreiheit an den Schulen ist Geld erforderlich.

Jetzt komme ich auf die untere Ebene zu sprechen, die auch sehr wichtig ist - ich schaue die Frau Rauscher an -, nämlich auf unsere Kindertagesstätten. Was dazu ausgeführt worden ist, ist hochinteressant.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Laut dieser Zahlen gibt es Kommunen, in denen nicht einmal ein Drittel der Kindertagesstätten barrierefrei ist - nicht einmal ein Drittel! - Ich habe einen Bogen gespannt, wie es konkret aussieht.

Ich fasse zusammen: Barrierefreiheit ist nicht irgendetwas, bei dem man schnell nice to have sagen kann, sondern Barrierefreiheit ist ein großes Ziel, das uns alle angeht. Daran müssen wir alle arbeiten. Das ist erst der Anfang.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat der Kollege Unterländer von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Joachim Unterländer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Ankündigung des Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer in seiner Regierungserklärung im Herbst 2013, Bayern im öffentlichen Raum und in den öffentlichen Verkehrsmitteln bis zum Jahr 2023 von staatlicher Seite her barrierefrei zu machen, ist ein großer gesellschafts- und sozialpolitischer Ansatz. Wir sollten alle dahinterstehen und nicht kleinkrämerisch Negativschlagzeilen produzieren. Es geht darum, Bewusstsein zu schaffen und gemeinsam dieses Ziel zu erreichen. Ich sage der Staatsregierung erst einmal ein herzliches Vergelts Gott für die Realisierung dieser Forderung.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind zwei grundlegende Strategien verbunden, die der Erreichung dieses Ziels dienen. Zum Ersten handelt es sich um den Dialog mit Betroffenenengruppen, mit Initiativen, mit der Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung, mit den Behindertenverbänden, mit den Selbsthilfegruppen und mit den kommunalen Spitzenverbänden; denn auch dann, wenn es darum geht, das Ziel der Barrierefreiheit zu erreichen, müssen wir sehr viele gemeinsam in ein Boot holen. In

diesem Teilbereich gebe ich Ihnen recht. Ich komme noch darauf zu sprechen, dass aus meiner Sicht die Definition der Barrierefreiheit weiterentwickelt werden muss. Wir wollen nämlich nicht einfach eine Beton-Barrierfreiheit, die durch Gehwegabflachungen und die Beseitigung von Treppenhindernissen erreicht wird, sondern es geht um die Beseitigung von Barrieren in den Gehirnen und selbstverständlich auch im politischen Bereich. Das betonen wir immer, und wir meinen es auch so.

Der zweite Gesichtspunkt in diesem Prozess ist die Transparenz. Mit den Fortschrittsberichten, die die Staatsregierung vorlegt – das tut sie auch aufgrund der Diskussionsprozesse mit den beteiligten Initiativen -, erreichen wir, dass das gesellschaftliche und politische Leben ständig in diesen Prozess einbezogen ist. Darin besteht ein ganz entscheidender Ansatzpunkt. Wir wollen ein wichtiges gesellschaftspolitisches Thema positiv angehen und die damit verbundenen Herausforderungen realisieren. Das geht nicht mit einer Augen-zu-und-durch-Mentalität, sondern indem wir Transparenz und Dialog erreichen. Dabei ist die Staatsregierung auf dem richtigen und guten Weg.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wie wäre es, mal etwas zu machen, statt nur zu reden?)

- Sie sollten sich informieren; dann würden Sie anders reden. – Wir wissen natürlich, dass die Situation erheblich verbesserungsbedürftig ist. Deswegen gibt es ja dieses Ziel.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Guten Morgen!)

- Ja, "guten Morgen". Wenn Sie in der Landeshauptstadt München in allen Bereichen Barrierefreiheit erreichen würden und nicht die Existenz von Behindertenfahrdiensten zerstören würden, könnten wir uns mit anderen Problemen befassen, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Bravo! – Widerspruch des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Diese Heuchelei kann man sich sparen. Man sollte vielmehr versuchen, gemeinschaftlich das Ziel zu erreichen.

Meine Damen und Herren, im Doppelhaushalt 2015/2016 sind 205 Millionen Euro für die Barrierefreiheit in staatlichen Gebäuden, im Bildungswesen und im öffentlichen Personennahverkehr eingestellt worden. Das geschah auf Initiative der Staatsregierung und aufgrund von Forderungen der CSU bei den Haushaltsberatungen. Wir halten diese Bereiche nämlich für ein wichtiges Gerüst, mit dessen Hilfe wir das Ziel der Barrierefreiheit bis 2023 erreichen können. Der Kollege Eberhard Rotter und die Kollegin Kerstin Schreyer-Stäblein werden darauf noch im Einzelnen eingehen.

Meine Damen und Herren, der Anspruch auf Barrierefreiheit ergibt sich aus Artikel 9 der UN-Behindertenrechtskonvention. Ich wiederhole ausdrücklich: Barrierefreiheit ist nicht auf bauliche Maßnahmen begrenzt, sondern bedeutet auch, die Kommunikation zu verbessern, die Nachteile und Einschränkungen, die Menschen mit Behinderung erfahren, auszugleichen und echte Chancengleichheit auf Augenhöhe herzustellen.

Viele Aufgaben auf diesem Gebiet im öffentlichen Personennahverkehr, in der Bildung und in den öffentlichen Gebäuden sind auch ein Thema in der Kommunalpolitik. Ein positiver Ansatz wird hier in einer Modellphase in 16 Teilnehmerge Gemeinden verwirklicht. Damit wird Kommunalpolitik beispielhaft ermuntert, diese Aufgaben federführend anzugehen. Ich halte es für notwendig, dass man dieses Thema in der Kommunalpolitik wie in der Landespolitik und der Bundespolitik ganz oben auf die Agenda stellt und es nicht als ein Restethema ansieht.

Das meine ich auch deshalb, weil wir endlich gleiche Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderung erreichen müssen und diejenigen, die von Barrierefreiheit zusätzlich profitieren, berücksichtigen müssen. Wenn ich an ältere Menschen und an zahlreiche Menschen, die zu Hause bleiben beziehungsweise auf Rollatoren angewiesen sind, denke, und wenn ich mir Bilder von kinderreichen Familien mit Kinderwägen und Ähnliches vor Augen halte, erkenne ich, dass Barrierefreiheit eine wichtige ge-

samtgesellschaftliche Aufgabe ist. Für uns ist Barrierefreiheit ein Thema der Behindertenpolitik, Familienpolitik, Gesellschaftspolitik und Seniorenpolitik.

In zwei Bereichen besteht allerdings noch ein erheblicher Handlungsbedarf. Zum einen geht es um das Thema Kommunikation, das ich bereits genannt habe. Wir müssen Barrierefreiheit und Behindertenfreundlichkeit in den sozialen Netzwerken, in den Medien herstellen. Dafür gibt es schon einen sehr guten Ansatz. Es ist notwendig, in den elektronischen Medien durch Untertitel und Hörfilme die Kommunikation zu verbessern. Auf Initiative der CSU hat der Landtag dieses Ziel zwar schon in das Behindertengleichstellungsgesetz aufgenommen; aber aus meiner Sicht muss der Einsatz dafür noch viel mehr mit Leben erfüllt werden, als es heute der Fall ist. Zum anderen müssen wir kritisieren, dass die Deutsche Bahn über Jahrzehnte das Thema Barrierefreiheit vernachlässigt hat.

In meiner Zusammenfassung kommen wir wieder zusammen, Frau Kollegin Wild. Wir müssen neben diesem Prozess eine Bewusstseinsbildung herstellen, wenn es um Investitionen geht. Das gilt für die Gesellschaft insgesamt sowie für die Kommunal-, die Landes- und die Bundespolitik. Wir brauchen die schon vorhandenen Ansätze der bereits geschaffenen Informationsstrukturen, zum Beispiel das zentrale Internetportal und die Beratungsstelle Barrierefreies Bauen der Bayerischen Architektenkammer. Wir brauchen eine entsprechende Kampagne im Rahmen dieses Dialogprozesses. Es ist eine großartige Sache, dass Barrierefreiheit Bestandteil der Landespolitik ist und in der Agenda ganz oben steht, dass der Ministerpräsident sie in seiner Regierungserklärung zur Chefsache erklärt hat und das Sozialministerium mit Emilia Müller an der Spitze diesen Prozess sehr aktiv begleitet. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten und nicht mit einer ausschließlichen Schwachstellenanalyse Schwarzer Peter spielen. Nur so können wir den Menschen glaubwürdig zeigen, dass Barrierefreiheit tatsächlich realisiert wird.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Dr. Fahn von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Unterländer, ich gebe Ihnen recht: Man muss Glaubwürdigkeit zeigen. Doch Glaubwürdigkeit entsteht dann, wenn man Versprechen konkret einhält. Die Versprechen, die vom Herrn Ministerpräsidenten in der Regierungserklärung gegeben wurden, sind noch in keiner Weise erfüllt. Es wird immer gesagt, Bayern sei die Vorstufe zum Paradies. Dazu gehört auch, die Belange von Menschen mit Handicaps, mit Behinderung zu berücksichtigen. Sie achten genau darauf, was der Herr Ministerpräsident gesagt hat, und fragen dann, welche der großen Versprechen konkret eingelöst wurden.

Wir meinen, dass die größten Barrieren die leeren Versprechen waren. Bei den Leuten ist noch gar nicht angekommen, was sich konkret verändert hat. Dies merkt man, wenn man sich die Antworten der Staatsregierung auf die lobenswerte Interpellation der SPD ansieht. Sehr oft liest man da, der Staatsregierung lägen noch keine Daten vor, es gebe noch Handlungsbedarf usw. Ich werde Ihnen dazu nachher noch ein konkretes Beispiel nennen.

Wenn der Ministerpräsident so etwas sagt, dann muss er wissen, was er sagt. Er muss wissen, dass solche Maßnahmen Geld kosten. Er darf dann nicht im Nachhinein sagen: Was haben wir da wieder versprochen; wir können das finanziell gar nicht tragen; jetzt sollen die Kommunen einspringen! - Nein, meine Damen und Herren, Sie haben auch bei den Kommunen falsche Hoffnungen geweckt. Die Kommunen sagen inzwischen: In dieser Form können wir das nicht finanzieren.

Die Barrierefreiheit ist der Schlüssel für eine Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben. Das ist die Position der CSU. Wir wissen aber, dass 70 % der Bahnhöfe in Bayern noch nicht barrierefrei sind. Daran sieht man, dass die Realität in Bayern

sehr hart ist. Von der Behindertenbeauftragten Irmgard Badura stammt der Satz: Inklusion ist kein Sprint, sondern ein Marathonlauf. Ein wahrer Satz! Angesichts der Streckenlänge 42,2 km frage ich mich, ob wir dieses Ziel bei dem atemberaubenden Tempo der Staatsregierung noch in diesem Jahrhundert erreichen werden.

Für uns sind einige Punkte wichtig. Der erste Punkt ist die fehlende Bestandsaufnahme. Wer solche Versprechen macht, muss auch wissen, worüber er spricht. Mein Fraktionskollege Florian Streibl hat dazu eine interessante Anfrage gestellt. Seine Fragen lauteten: Liegen der Staatsregierung Erkenntnisse vor, in welchem Umfang die einzelnen Gemeinden in Oberbayern seit 2000 Mittel für die Barrierefreiheit investiert haben? Liegen der Staatsregierung Erkenntnisse vor, welche Rathäuser in Oberbayern bis heute nicht barrierefrei sind? Liegen der Staatsregierung Erkenntnisse vor, wie viele Lebensmittelgeschäfte und Supermärkte in Oberbayern nicht barrierefrei sind? Liegen der Staatsregierung Erkenntnisse vor, welche Schulgebäude in Oberbayern nicht barrierefrei gestaltet sind?

Die Antworten der Staatsregierung auf diese Fragen waren immer gleich: Derzeit liegen keine Erkenntnisse vor. Das bedeutet mit anderen Worten: Der Staatsregierung fehlt eine umfassende Bestandsaufnahme, welche die Voraussetzung für einen umfassenden Maßnahmenkatalog gewesen wäre. Deswegen werden wir zu diesem Thema noch verschiedene Anträge stellen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Unser zweiter Punkt betrifft die Modellkommunen. Die 16 Modellkommunen, die Herr Unterländer angesprochen hat, halten wir für eine gute Sache. In einigen Wochen wird das Ergebnis vorgestellt. Dann soll eine Broschüre entstehen. Diese 16 Modellkommunen, über ganz Bayern verstreut, haben in den letzten Wochen und Monaten intensiv gearbeitet und Erfahrungen gesammelt. Jetzt ist aber wieder Schluss. Dann gibt es nur noch die Broschüre. Wir FREIEN WÄHLER meinen, die Erkenntnisse, die in den 16 Modellkommunen gewonnen wurden, sollten vertieft werden. Die Leute in diesen

Modellkommunen, die sehr motiviert und aktiv dabei sind, sollten weitermachen dürfen. Dies wäre eine gute Sache im Sinne der Barrierefreiheit. Jetzt werden diese 16 Modellkommunen aber abgebremst. Sie erhalten eine Broschüre, und das war es dann.

Meine Damen und Herren, ich komme zu unserem dritten Punkt: Wir wollen bestimmte Themen forcieren, zum Beispiel das Thema barrierefreies Rathaus. Wohin gehen die Menschen sehr häufig? – Zum Rathaus. Zu diesem Thema wird mein Kollege Joachim Hanisch etwas sagen, weil es für den Einstieg sehr wichtig ist.

Ein weiteres Thema sind die barrierefreien Bahnhöfe. Darüber haben wir schon öfter diskutiert. Ich muss es aber immer wieder sagen: Von 1.000 Bahnhöfen in Bayern sind nur 200 barrierefrei. Ein Riesenproblem ist der Würzburger Hauptbahnhof, der eigentlich ein Aushängeschild sein sollte; denn im Jahr 2018 beginnt dort die Landesgartenschau. Zu diesem Thema gibt es einen Runden Tisch, an dem unter anderem Oliver Jörg, Barbara Stamm, Gerhard Eck und ich teilnehmen. Am Würzburger Hauptbahnhof haben wir täglich 32.000 Reisende. Wir werden es aber, wenn wir Glück haben, erst bis zum Jahr 2018 schaffen, die Barrierefreiheit bis zum Gleis 8 zu erreichen. Meine Damen und Herren, es bewegt sich zwar etwas, aber im Tempo einer Schnecke.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir brauchen auch Förderprogramme für Busbahnhöfe. Vor dem Hintergrund, dass das Angebot der Fernbusreisen immer stärker genutzt wird, ist die derzeitige Nichtförderung der Busbahnhöfe nicht mehr zeitgemäß.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der nächste Punkt ist das Thema des barrierefreien Tourismus. Die SPD hat zu diesem Thema vor einigen Jahren einen Berichtsantrag eingebracht, zu dem die Staatsregierung lediglich erklärt hat, dass es dazu keine Erkenntnisse gebe. Wir halten den

barrierefreien Tourismus für ein sehr wichtiges Thema, das eigentlich zu dem Thema der barrierefreien Bahnhöfe gehört. Die Staatsregierung hat bisher noch kein Konzept für den barrierefreien Tourismus. Für uns ist das ein Teil der Wirtschaftsförderung. Deshalb werden wir hierzu einen Berichts Antrag einbringen.

Was ist noch zu tun? – Ich nenne nur einige Beispiele: Wir brauchen bezahlbare und barrierefreie Wohnungen für Senioren und Menschen mit Handicap. Wir sollten uns einmal konkret überlegen, wie wir dieses Thema angehen könnten. Wir wissen, dass dies Geld kostet. Wir dürfen aber Senioren mit Handicap nicht vergessen.

Die Bayerische Bauordnung sieht lediglich für öffentlich zugängliche bauliche Anlagen eine Pflicht zur Barrierefreiheit vor. Unsere Behindertenbeauftragte, Frau Badura, fordert, dass alle Bereiche barrierefrei sind. Zumindest sollte geprüft werden, ob und wie dieser Vorschlag unserer Behindertenbeauftragten umsetzbar ist.

Ich möchte einen kleinen Vorschlag machen, nämlich zur Einrichtung barrierefreier Spielgeräte für Kinder mit Handicap auf Spielplätzen. Würde dieser Vorschlag umgesetzt, wäre dies insgesamt eine gute Sache.

Zum Schluss noch eine kleine Zukunftsvision, nämlich das barrierefreie Wählen. Dies war bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen im Jahr 2015 möglich. Ich weiß, dass Bremen anders als Bayern ist. Bremen ist eine Stadt, Bayern ist ländlich strukturiert. Wir sollten dieses Thema aber im Hinterkopf behalten, weil es wichtig ist.

Ich komme zum Schluss: Vielen Dank an die Kolleginnen und Kollegen der SPD, dass Sie dieses wichtige Thema auf die politische Agenda gesetzt haben. Die Antworten der Staatsregierung zeigen klar und deutlich, dass noch ein großer Handlungsbedarf der Staatsregierung besteht. Das weiß auch Herr Unterländer. Wir sagen: Wer A sagt – das hat der Herr Ministerpräsident getan -, der muss auch B sagen. Dieses B fehlt immer noch. Deshalb besteht ein Handlungsbedarf, dem wir nachkommen müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat Frau Kollegin Celina vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen! Von der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten am 12. November 2013 sind mir vor allem zwei Aussagen im Gedächtnis geblieben: Erstens. "Bayern ist das Land der unbegrenzten Möglichkeiten." Zweitens. "Bayern wird in zehn Jahren komplett barrierefrei sein: im gesamten öffentlichen Raum, im gesamten öffentlichen Personennahverkehr. Dazu werden wir ein Sonderinvestitionsprogramm ‚Bayern barrierefrei 2023‘ auflegen."

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Wort eines Ministerpräsidenten hat Gewicht; denn bei ihm liegt die politische Richtlinienkompetenz. In seinem Handeln ist der Ministerpräsident dem Landtag gegenüber verantwortlich. Deswegen bedaure ich es, dass er heute bei der Diskussion über dieses wichtige Thema nicht anwesend ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für mich und für viele Menschen, sowohl diejenigen, die für Menschen mit Behinderungen arbeiten, als auch für die behinderten Menschen selbst, bestand und besteht immer noch die Hoffnung, dass Bayern das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, auch für Menschen mit Behinderungen die Vorstufe zum Paradies wird. Mit seinem ehrgeizigen Versprechen, Bayern bis zum Jahr 2023 barrierefrei zu machen, ging der Ministerpräsident sogar noch über die Ankündigung der ehemaligen Sozialministerin Haderthauer hinaus, die bereits in der letzten Legislaturperiode von einem barrierefreien Bayern bis zum Jahr 2025 sprach.

Ich gehe davon aus, dass deshalb schon unter der ehemaligen Ministerin Haderthauer das Thema "Bayern barrierefrei" ernsthaft diskutiert wurde. Ich gehe außerdem davon aus, dass ein Ministerpräsident, der dieses Ziel nach vorne schiebt, und zwar nicht nur in zeitlicher Hinsicht, sondern der es auch als persönliches Ziel in seine Regierungser-

klärung einbringt, weiß, dass dies einen enormen Hoffnungsschub für Menschen mit Behinderungen bedeutet. Ich hoffe, dass dieser Ministerpräsident weiß, was er damit ausgelöst hat.

Nach dieser Regierungserklärung konnte man deshalb davon ausgehen, dass dem Ministerpräsidenten und der Staatsregierung bewusst war, wie umfangreich und auch wie lohnend diese Aufgabe sein wird. Natürlich war allen, die diese Worte gehört haben, bewusst, dass nicht nur der Freistaat Bayern, sondern auch der Bund und die Kommunen mitziehen müssen. Natürlich haben wir darauf gehofft, dass mit einem Sonderinvestitionsprogramm des bayerischen Staates, das der Größe der Aufgabe entspricht, Barrierefreiheit im gesamten öffentlichen Raum angestoßen wird. Bayern ist schließlich das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Zunächst hatten wir zumindest den Eindruck, dass die Staatsregierung ernsthaft mit der Verwirklichung dieses Programms beginnen würde.

Die SPD hat mit ihrer Interpellation schon vorher beim Projekt "Bayern barrierefrei 2023" nachgehakt. Sie hat viele richtige Fragen aufgeworfen, zur Bestandsaufnahme aufgefordert und nach Konzepten gefragt. Die Antwort der Staatsregierung zeigt an vielen Stellen, dass man sich in allen Ressorts Gedanken gemacht hat und dass an Konzepten gearbeitet wurde. Verwirklicht wurde aber bisher nahezu nichts,

(Zustimmung bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

obwohl der Ministerpräsident ein klares Bekenntnis dazu abgegeben hat, Bayern mit einem Sonderinvestitionsprogramm noch schneller barrierefrei zu machen, nämlich bis 2023. Das tut weh.

Die Verwirklichung der Barrierefreiheit auf den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Ebenen ist die wichtigste Voraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe behinderter Menschen. Egal ob körperlich behindert, seelisch behindert, egal ob Rollstuhlfahrer, blind, sehbehindert, gehbehindert, gehörlos, antriebslos oder was auch immer, wer nicht teilhaben kann, wird aktiv ausgegrenzt. Das müssen Sie sich alle einmal bewusst

machen: Wer nicht teilhaben kann, wird ausgegrenzt! Wer also nichts oder zu wenig für Barrierefreiheit tut, trägt aktiv dazu bei, Menschen mit Behinderungen weiterhin auszugrenzen. Ausgrenzungen, die nicht aktiv beseitigt werden, behindern auch in Zukunft jeden Tag diejenigen, die gerne an der Gesellschaft teilhaben würden, es aber nicht können. Genau deshalb muss die Bayerische Staatsregierung aktiv eine Menge tun, um Ausgrenzungen nicht weiter hinzunehmen. Wir als Parlament müssen genau darauf schauen, was bereits getan wurde und was geplant ist, und das tun wir heute.

Die SPD hat in ihrer Interpellation gleich in der Einleitung formuliert, es gehe um 1.000 Bahnhöfe, mehr als 4.000 Schulen, mehr als 21.000 Gebäude in staatlicher Hand, 375 Polizeidienststellen und hörbare Signale an allen Ampeln. Die Interpellation hat dazu beigetragen, dass quantifiziert wird, wo überall noch Barrieren vorhanden sind, im kulturellen Sektor, in der Bildung und im Gesundheitswesen. Ich danke dem Ministerium in diesem Zusammenhang für die überwiegend genauen Antworten.

Ich nehme einmal als Beispiel den Bahnhof in Würzburg. Das fast schon jahrzehntelange Trauerspiel nähert sich langsam dem Ende. Eine der schönsten Städte Bayerns hat immer noch einen der hässlichsten Bahnhöfe Deutschlands, der immer noch Jahre, wenn auch nicht mehr Lichtjahre, davon entfernt ist, barrierefrei zu sein. Hätte sich nicht die Landtagspräsidentin als Würzburgerin persönlich eingeschaltet, hätten die Besucher der Landesgartenschau 2018 in Würzburg als Erstes einen teilweise sehr tristen und in manchen Bereichen wirklich sehr abgeranzten Bahnhof voll mit Barrieren gesehen. Jetzt scheint es wenigstens in Würzburg voranzugehen. Bei vielen anderen Bahnhöfen geht dagegen gar nichts voran. Deswegen sage ich: Beim barrierefreien Ausbau der Bahnhöfe hätte die Staatsregierung bei den zuständigen Stellen schon viel früher Tempo machen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In einem Punkt hat die Staatsregierung tatsächlich schon Tempo gemacht. Sie hat nämlich den Kommunen ihre Verantwortung für das Projekt "Bayern barrierefrei 2023"

zugewiesen. Das kann ich nachvollziehen. Schließlich fallen 90 % der Aufgaben für die Barrierefreiheit Bayerns in die Zuständigkeit der Kommunen, aber nicht nur 90 % der Aufgaben, sondern auch 90 % der Ausgaben. Genau weil das so ist, macht die Ankündigung des umfassenden Sonderinvestitionsprogramms auch Sinn. Der kommunale Finanzausgleich nach dem Finanzausgleichsgesetz Bayerns reicht doch nicht für ein so ehrgeiziges Projekt, auch wenn der Finanzausgleich der beste ist, den wir je hatten, wie Sie sagten. Mit den zur Verfügung stehenden FAG-Mitteln können die Kommunen vielleicht fröhlich hüpfen, aber doch keine großen Sprünge hin zur Barrierefreiheit machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gestern kam übrigens die Einladung von Minister Herrmann zur Abschlussveranstaltung des Modellvorhabens zum Thema barrierefreie Kommune, das Sie schon angesprochen haben. 16 Städte können am 9. Juli ihre Aktionspläne zur Verwirklichung von Barrierefreiheit präsentieren. Wir haben in Bayern aber über 2.000 Gemeinden. Die restlichen Gemeinden lässt die Staatsregierung im Regen stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Sonderinvestitionsprogramm ist das Papier nicht wert, auf dem es steht, und das, obwohl es nach der Regierungserklärung so gut angefangen hatte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auf Anweisung des Ministerpräsidenten wurde im Februar 2014 eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Federführung des Sozialministeriums ins Leben gerufen. Diese Arbeitsgruppe hatte die Aufgabe, ein umfassendes Programm zur Verwirklichung der Barrierefreiheit in Bayern zu entwickeln. Grundlage dieser Aufgabe war die Maxime, das Sonderinvestitionsprogramm dürfe keinen Bereich des öffentlichen Lebens ausklammern. So stand es auch in der Regierungserklärung.

Die Arbeitsgruppe hatte bereits am 20. Juni letzten Jahres dem Ministerrat ein Grundkonzept zur Durchführung des Sonderinvestitionsprogramms vorgelegt. Damit wollte sie – ich zitiere – "ein kraftvolles Signal setzen, um die Verwirklichung der Barrierefreiheit in Bayern voranzubringen." Das vorgelegte Konzept wäre ein wirklich guter erster Schritt auf dem Weg zur Verwirklichung von Barrierefreiheit in Bayern gewesen. Alle Ministerien haben für ihre Geschäftsbereiche eine Analyse der Ist-Situation bei der Barrierefreiheit vorgenommen und zentrale Handlungsfelder identifiziert. Sie haben auch konkrete Haushaltsansätze angemeldet. Die Oberste Baubehörde hat beispielsweise als Teil des Gesamtkonzepts ein eigenes Modul "Bayern barrierefrei 2023 – Bau und Verkehr" entwickelt. Ausdrücklich wurde darin als Ziel formuliert, insbesondere Kommunen und ÖPNV-Betreiber finanziell zu unterstützen. Leider wurde dieses ambitionierte Konzept aber niemals beschlossen. Vielmehr ist es still und heimlich wieder in der Schublade verschwunden. Das ist nicht nur ein Rückschlag für das Programm und für die behinderten Menschen in diesem Land, das ist auch ein Schlag in den Rücken der zuständigen Ministerinnen und Minister.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Die Ursache für die Reduzierung des Projekts auf eigene Mittel der Ministerien ist bekannt. Es ist das Veto des Finanzministers. Für das Innenministerium und für das Sozialministerium war völlig klar, dass für dieses Sonderinvestitionsprogramm zusätzliche Mittel aus dem Haushalt des Freistaates Bayern erforderlich sind. Genauso muss auch jeder, der die Regierungserklärung gehört hat, die Zielsetzung, Bayern bis 2023 barrierefrei zu machen, verstanden haben. Die vorhandenen Investitions- und Fördermittel können bei diesem ehrgeizigen Ziel gar nicht ausreichen, um die angestrebten Verbesserungen zu erreichen.

Allein für den Ausbau der Straßen in kommunaler Baulast und für den öffentlichen Raumbedarf wurde ein Investitionsbedarf von circa 1,3 Milliarden Euro angenommen. Mindestens in derselben Größenordnung liegt der Finanzbedarf für den Umbau der Bahnhöfe, die Umgestaltung des ÖPNV sowie die Nachrüstung der staatseigenen Ge-

bäude und der Bundes- und Staatsstraßen. Minister Söder hat dann wegen der absehbaren Mehrkosten im Ministerrat sein Veto gegen die Beschlussvorlage eingelegt. Für ihn sind alle Maßnahmen im Programm "Bayern barrierefrei 2023" im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel durchzuführen. Damit war bei diesem ehrgeizigen Projekt die Luft raus, und damit hat sich die Staatsregierung innerlich und äußerlich von ihrem Ziel, Bayern bis 2023 barrierefrei zu gestalten, verabschiedet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Ziel, das vom Ministerpräsidenten in seiner Regierungserklärung formuliert wurde, wird nur durch eine finanzielle Schwerpunktsetzung innerhalb der Ressorts nicht zu erreichen sein, schon gar nicht in diesem ehrgeizigen Zeitrahmen. Rein appellative Initiativen sind nicht geeignet, das vorgegebene Ziel zu erreichen. Das ist allen Beteiligten bewusst. Ein Sonderinvestitionsprogramm ohne zusätzliche Mittel hat seinen Namen nicht verdient. Ohne ein staatliches Förderprogramm für die Kommunen, welche die Hauptlast bei der Verwirklichung zu tragen haben, wird es 2023 kein barrierefreies Bayern geben. Obwohl ein zwischen allen zuständigen Ressorts vorgelegtes Konzept existiert, erscheint der avisierte Zeitraum bis 2023 völlig unrealistisch.

Es gibt nur einige wenige Maßnahmen zum Umbau staatlicher Gebäude, zur Anschaffung barrierefreier Linienbusse, zum Umbau von Bahnhöfen sowie zur barrierefreien Nachrüstung von Kindertagesstätten und Schulen. Die Staatsregierung behauptet, für diese Initiative über 200 Millionen Euro im Doppelhaushalt eingestellt zu haben. Das entspricht aber nicht den Tatsachen. Neue Fördermittel wurden nämlich so gut wie gar nicht zur Verfügung gestellt. Nur 10 % der Summe, also 20 Millionen Euro, sind tatsächlich zusätzliches Geld. Der Rest besteht aus einem Sammelsurium unterschiedlicher Titel, die bereits seit Langem in den Haushalt eingestellt sind. Anstatt ein zentrales Investitionsprogramm im Haushalt zu verankern, werden lediglich alte Haushaltsmittel unter einem neuen Etikett zusammengefasst. Größtenteils werden Bundesmittel einfach nur durchgereicht, wie bei den Maßnahmen für den öffentlichen

Personennahverkehr. Bei dem angeblichen Sonderinvestitionsprogramm handelt es sich um die größte Mogelpackung im gesamten Doppelhaushalt 2015/2016.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Nur die insgesamt 17,5 Millionen Euro für den Umbau staatlicher Gebäude und die 2,5 Millionen Euro für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit sind tatsächlich frisches Geld. Doch auch diese Summe ist angesichts der Vielzahl der notwendigen Maßnahmen lächerlich gering. Wie es aussieht, wird "Bayern barrierefrei" 2023 nicht gelten, sondern erst 2123.

(Unruhe bei der CSU)

Um praktische Alternativen aufzuzeigen, hat unsere Fraktion ein umfangreiches Antragspaket zur Umsetzung der Barrierefreiheit in Bayern vorgelegt. Barrierefreiheit - das muss uns klar sein - hilft schließlich nicht nur den 1,1 Millionen schwerbehinderten Menschen in Bayern, sondern auch den mobilitätseingeschränkten Menschen, den älteren Menschen, den Eltern mit kleinen Kindern und den vorübergehend gehandicapten Menschen. Im Zuge des demografischen Wandels wird die Zahl der älteren Menschen, die auf eine barrierefreie Umwelt angewiesen sind, weiter zunehmen. Die Schaffung der Barrierefreiheit ist deshalb keine Kür, sondern eine Pflicht für die Bayerische Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir fordern ein kraftvolles Signal des Freistaates Bayern, dass er zu seinen Verpflichtungen und Versprechungen steht.

Lieber Herr Unterländer, Sie sagten, Sie seien froh, dass das Thema Barrierefreiheit Chefsache sei. Das ist es nicht, wie ich Ihnen dargelegt habe. Der Chef ist auch gar nicht erst da, und der zweite Chef auch nicht.

(Joachim Unterländer (CSU): Ein Ministerpräsident hat viele Aufgaben!)

- Ich weiß, dass er viele Aufgaben hat.

(Zuruf von der CSU: Anscheinend wissen Sie das nicht!)

Deshalb mein Appell an Sie, Ihre Fraktion und an den Ministerpräsidenten: Machen Sie Barrierefreiheit endlich zur Chefsache mit einem Sonderinvestitionsprogramm, das diesen Namen verdient!

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. - Als Nächster hat Herr Kollege Rotter von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Eberhard Rotter (CSU): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CSU-Fraktion steht zu dem ambitionierten Ziel, das der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung im November 2013 vorgegeben hat, den Freistaat bis 2023 im öffentlichen Raum und im öffentlichen Personennahverkehr barrierefrei zu machen. Der Ministerpräsident ist heute nicht da, doch mittlerweile sollte auch bei meiner Vorrednerin, Frau Celina, angekommen sein: Er ist bei einer sehr, sehr wichtigen Asylkonferenz, die in Berlin stattfindet. Sie alle wissen, wie sehr uns dieses Thema in den vergangenen Monaten beschäftigt hat, wie sehr es uns leider auch in den kommenden Monaten, wahrscheinlich auch in den kommenden Jahren beschäftigen wird, und zwar noch mehr als dieses heutige Thema, das wir ebenfalls als sehr wichtig ansehen. Von daher hätte ich einen Antrag im Ältestenrat erwartet, die Debatte auf einen Zeitpunkt zu verschieben, an dem auch der Ministerpräsident anwesend sein kann. Ihm aber in die Schuhe schieben zu wollen, er sähe dieses Problem nicht mehr als bedeutend an, das ist unredlich!

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Rotter, darf ich Sie kurz unterbrechen? – Nachdem es hier Unklarheit gibt, kann ich mitteilen: Der Herr Ministerprä-

sident nimmt an der Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin teil. Deshalb kann er heute nicht im Plenum sein.

(Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)

Eberhard Rotter (CSU): - Zum Thema Asyl, genau.

(Karl Freller (CSU): Die nehmen doch das Thema Asyl nicht wichtig!)

Mobilität ist ein besonderes Handlungsfeld beim Thema Barrierefreiheit. Es ist keineswegs still und heimlich verschwunden. Wir beschäftigen uns immer wieder mit diesem Thema, gerade auch hier im Bayerischen Landtag, auch ohne das Programm "Bayern barrierefrei" jeweils zum Gegenstand zu machen. Mobilität ist eine elementare Voraussetzung für die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft. Das gilt insbesondere für die Teilhabe am Arbeitsleben, letztlich aber für jeden Bereich. Von der Barrierefreiheit im öffentlichen Verkehr profitieren nicht nur Gehbehinderte und Rollstuhlfahrer, sondern insbesondere auch blinde, sehbehinderte, gehörlose und schwerhörige Menschen. Im Übrigen profitieren davon auch Frauen und Männer, die mit Kinderwägen oder mit schwerem Gepäck unterwegs sind. Sie alle haben sehr viel davon. Genau das ist der Grund, warum wir uns nicht erst seit der Regierungserklärung vom November 2013 mit diesem Thema sehr intensiv beschäftigen.

Wir haben die Barrierefreiheit seit einigen Jahren sehr stark bei der Busförderung priorisiert, für die seit vielen Jahren 30 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung stehen. Es werden ganz überwiegend Niederflrbusse gefördert. Andere Fahrzeugen werden nur dann gefördert, wenn sie mit den notwendigen Hubliften ausgestattet sind. Diese werden auf dem Land häufig als die bessere Lösung angesehen, um beispielsweise Rollstuhlfahrer in die Busse und wieder heraus zu befördern. Wir haben uns sehr dafür eingesetzt. Wir fördern auch nur solche Busse, die optisch und akustisch anzeigen, wo die nächsten Haltestellen sind. Wenn Sie so viel im öffentlichen Verkehr unterwegs wären wie ich, dann wüssten Sie vielleicht, welche Fortschritte gerade in den vergangenen Jahren bei den Bussen, den Trambahnen und den U-Bahnen erzielt worden

sind. Das gilt nicht nur für Neufahrzeuge, sondern das gilt auch für Nachrüstungen. In meinem Stimmkreis rede ich Jahr für Jahr mit den Blinden- und den Gehörlosenverbänden und erfahre, es wird dankbar angenommen und zur Kenntnis genommen, was sich hier in den vergangenen Jahren bewegt hat.

Es war mir klar, dass das Thema Barrierefreiheit an den Bahnhöfen hier ein Lieblingsthema sein wird. Ich sage Ihnen dazu, was ich Ihnen vor zwei Monaten zum gleichen Thema schon einmal gesagt habe: Die Bahn und der Bund sind originär zuständig. Die Bahn ist Eigentümerin der Bahnhöfe, und der Bund ist der alleinige Eigentümer der DB AG. Deshalb sind diese beiden primär in der Verantwortung. Weil wir es gleichwohl als wichtig ansehen, hat der Freistaat Bayern schon vor rund 15 Jahren ein erstes Programm mit damals 200 Millionen DM bzw. 102 Millionen Euro aufgelegt. Damit haben wir die Barrierefreiheit an Bahnhöfen gefördert. Wir haben viele wichtige Stationen, vor allem in den S-Bahn-Netzen Nürnberg und München, damit umbauen können.

(Beifall bei der CSU)

Auch mir gefällt nicht, dass so wichtige Bahnhöfe wie der Bahnhof Würzburg noch immer nicht barrierefrei sind. Die Stadt Augsburg ist doppelt so groß wie Würzburg, und auch dort gibt es Probleme. Frau Kollegin Kamm sitzt hinter Ihnen, Frau Celina, die kann Ihnen einiges erzählen und berichten, welche Defizite da noch sind. Es liegt aber nicht am Freistaat, dass es da nicht weitergeht, sondern es liegt an örtlichen Besonderheiten. Ich habe mich extra bei Herrn Kollegen Jörg erkundigt, ob ich es richtig in Erinnerung habe. In Würzburg lag das am Trinkwasserschutz und an der mangelnden Mithilfe der Stadt bei der Planung. Da ist in den vergangenen Jahren wenig geschehen, bis Frau Präsidentin Stamm - Sie haben es erwähnt - sich dieses Themas angenommen hat. Auch Staatssekretär Eck und der neue Oberbürgermeister von Würzburg waren dabei, und nun tut sich endlich etwas. Auch in Augsburg - das werden Sie mir zugestehen, Frau Kamm - sind es örtliche Besonderheiten, die die Sache so verzögern, wie wir alle das nicht wünschen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Im Übrigen sind aber nach wie vor der Bund und die DB AG in der Verantwortung. Sie bekommen von uns Unterstützung, obwohl wir dazu nicht verpflichtet sind, weil wir die besondere Bedeutung sehen.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Bei der ganzen Sache muss man aber Prioritäten setzen, was man als Erstes baut. Da wären zuerst die Größten zu nennen, das ist der S-Bahn-Bereich. Das habe ich schon erwähnt. Dann geht es um Fahrgastfrequenz, um die Knotenfunktion, damit auch das Umsteigen an den Knotenbahnhöfen erleichtert wird. Schließlich sollten natürlich auch Kur- und Tourismusgemeinden berücksichtigt werden. Auch das habe ich beim dafür zuständigen DB-Manager, Herrn Günther Pichler, bereits vor über zwei Jahren ange-mahnt. Er soll beispielsweise darauf achten, wo Reha-Kliniken sind, damit Gehbehin-derte und Rollstuhlfahrer, die dort ankommen, zurechtkommen. Das sollte prioritär be-handelt werden.

Ein weiteres wichtiges Handlungsfeld sind die staatlichen Gebäude, die öffentlich zu-gänglich sind. Hier ist zunächst eine Bestandserhebung erfolgt. Wir sind ja erst im zweiten Jahr dieses Zehn-Jahres-Programms.

(Kerstin Celina (GRÜNE): Schon im zweiten Jahr!)

- Zunächst einmal muss man den Bestand erheben. Das ist eine Grundvoraussetzung; denn schließlich wollen wir die Dinge nicht chaotisch angehen. Dann geht es um die bauliche Umsetzung dieser ausgewählten Maßnahmen. Sie erfolgt durch Mittelzuwei-sungen der Ressorts an die jeweils zuständigen staatlichen Bauämter. Wir haben im Rahmen unserer Programme bei der Städtebauförderung immer auch die Barrierefrei-heit mit im Blick. Im Wohnungsbau wird der Neubau von Mietwohnungen nur dann ge-fördert, wenn eine entsprechende Anzahl von Wohnungen barrierefrei ist. Seit 2008 müssen alle geförderten Mietwohnungen barrierefrei geplant sein, und auch für die

Anpassung des Wohnungsbestandes an die Bedürfnisse älterer Menschen und von Menschen mit Behinderung gibt es Förderungen. Im staatlichen Straßen- wie auch im Hochbau wird zur Qualitätssicherung im Übrigen ein Audit "Barrierefreies Bauen" durchgeführt. - Von einer Vorrednerin sind die Studentenwohnheimplätze erwähnt worden; da haben zumindest wir die Zahl 17 verstanden: Gar so dramatisch ist es nicht; immerhin sind 117 Plätze derzeit barrierefrei. Weitere 39 sind in der Planung und Umsetzung.

Wir haben im Bereich der Kommunen zunächst einmal eine Modellphase mit diesen 16 Teilnehmerge Gemeinden aus ganz Bayern; das muss jeweils erprobt werden, damit man weiß, wie weiter vorgegangen werden kann. Wir lassen die Kommunen auch bei diesem Punkt nicht im Regen stehen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir sind generell das kommunalfreundlichste Bundesland in Deutschland

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER))

und fördern im Übrigen über den kommunalen Finanzausgleich den barrierefreien Ausbau von Schulen und Kindertageseinrichtungen in den Jahren 2015 und 2016 mit jeweils 11 Millionen Euro.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden auch in den kommenden acht Jahren alles tun, um das ehrgeizige Ziel "Bayern barrierefrei 2023" zu erreichen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Frau Kollegin Celina hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. - Bitte schön, Frau Kollegin.

Kerstin Celina (GRÜNE): Herr Kollege, Sie sagten, wir seien erst im zweiten Jahr. Ich sage demgegenüber: Wir sind schon im zweiten Jahr. Wir haben doch nicht erst nach der Regierungserklärung von Herrn Seehofer angefangen, über das Thema nachzudenken. Es gab vorher schon ein Programm "Bayern barrierefrei 2025" unter der ehemaligen Ministerin Haderthauer. Wir waren im Jahr 2013 doch nicht im luftleeren Raum; Bestandsaufnahmen und Analysen müssen da schon vorgelegen haben. Wenn ich höre, wir sind jetzt erst im zweiten Jahr und haben noch acht Jahre um umzusetzen, muss ich fragen: Wie soll das denn gehen? Der Ministerpräsident zieht das Ziel vor. Ich gehe davon aus, dass die Bestandsaufnahmen und Analysen schon geschehen sind und nicht erst jetzt stattfinden.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Rotter, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Eberhard Rotter (CSU): Geschätzte Frau Kollegin Celina, ich habe Verständnis für Ihre Ungeduld. Aber ich habe in meinem Redebeitrag ausgeführt - wenn Sie mir richtig zugehört haben, haben Sie es gehört -, dass wir bei der Barrierefreiheit schon Jahre vorher gerade im Bereich Mobilität sehr vieles auf den Weg gebracht haben. Bei der hohen Anzahl staatlicher Gebäude, die Sie selber erwähnt haben – ich will sie gar nicht wiederholen -, brauchen wir zunächst einmal eine Bestandsaufnahme und eine Planung. Dass dies einige Zeit in Anspruch nimmt, dafür habe zumindest ich Verständnis.

(Beifall bei der CSU – Dr. Paul Wengert (SPD): Das mach ich doch, bevor ich eine Regierungserklärung abgebe! – Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Ja, genau!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Rotter. - Als Nächste hat jetzt Frau Kollegin Waldmann das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Ruth Waldmann (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir haben eigentlich Glück; wir haben erstmals einen Ministerpräsidenten, der in der Sozial- und Gesundheitspolitik kein Neuling, kein Novize, sondern ein ausgewiesener Fachmann ist. Er war Bundesgesundheitsminister und Präsident des VdK, des größten Sozialverbandes in Bayern. Das hat zusätzliche Würze in sein Versprechen gebracht, dass Bayern in zehn Jahren barrierefrei ist. Da möchten wir ihn auch bei der Ehre packen. Uns geht es darum, festzustellen, ob die Staatsregierung wirklich die größtmöglichen Anstrengungen unternimmt, um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen.

Herr Kollege Unterländer, wir sind uns öfter einmal einig. Ich möchte aber doch sagen - und das wissen Sie eigentlich auch -: Davon, dass wir negative Schlagzeilen produzieren, kann keine Rede sein. Ich habe immer gesagt, dass ich von diesem Versprechen des Ministerpräsidenten begeistert bin, aber dass ich ihn auch beim Wort nehme. Darum geht es uns. Wenn das Versprechen relativiert wird, wenn die eingestellten Mittel hinten und vorne nicht auszureichen scheinen, entsteht halt Enttäuschung, die er selbst produziert hat. Das muss man ihm mit auf den Weg geben. Ich weiß nicht, was er zu dem Vorliegenden gesagt hätte, wenn er immer noch VdK-Präsident wäre und diese andere Rolle hätte.

Wir reden heute aber nicht nur über Barrierefreiheit und Inklusion im Allgemeinen und Besonderen, sondern auch über die Interpellation, die wir eingereicht haben und die jetzt beantwortet worden ist. Wir haben sie eingereicht, um genau diese Bestandsaufnahme zu erreichen, die bislang gefehlt hat. Sie soll die Staatsregierung nicht ärgern, sondern eine Grundlage für künftiges Handeln definieren. Schauen wir uns mal an, was zum Beispiel zur Barrierefreiheit im öffentlichen Raum herausgekommen ist.

Die Staatsregierung hat, Frage 13, derzeit keine Kenntnis über den Anteil der barrierefreien Gebäude in staatlicher Hand. Das Innenministerium koordiniert über die Obers-

te Baubehörde jetzt eine Abfrage bei den Ressorts. Offenbar hat unsere Interpellation diese Abfrage erst angestoßen.

(Beifall bei der SPD)

Die Staatsregierung hat auch keine Kenntnis über die Barrierefreiheit von Gebäuden der Kommunen, der Zweckverbände, der Sozialversicherungsträger und der Schulen. Deswegen kann sie natürlich den finanziellen Aufwand nicht realistisch abschätzen, der erforderlich wäre, um alle öffentlichen Gebäude barrierefrei zugänglich zu machen. Sie kann daher keinen realistischen Zeitpunkt nennen – das schreibt sie selber in ihrer Antwort -, zu dem alle öffentlichen Gebäude barrierefrei zugänglich sein werden. Deswegen sind die Planungen auch noch nicht besonders konkret.

Ich habe mal den Aktionsplan angeschaut, der immer wieder angesprochen wird. Er ist am 12. März 2013

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

vorgelegt worden. In den Antworten auf unsere Nachfragen zur Interpellation steht, es gebe keine Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention zu Aktionsplänen. Das mag stimmen; da gibt es allgemeine Vorgaben. Aber in Deutschland ist das Deutsche Institut für Menschenrechte die Monitoringstelle für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Da ist das sehr genau definiert. Danach sollen Aktionspläne kurze, faktische Bestandsaufnahmen und Problembeschreibungen sowie klare Vorgaben zum Sollzustand enthalten. Zuständigkeits- und Budgetfragen müssen geklärt werden, Mechanismen zur Qualitäts- und Ergebniskontrolle beschrieben werden. – Diese Kriterien erfüllt dieser Aktionsplan nicht; denn er ist im Wesentlichen eine Beschreibung dessen, was eh schon gemacht wird, eine Beschreibung des Istzustands. Weitere Ziele stehen nicht darin.

Wir fordern einen echten Aktionsplan, der konkrete Vorgaben bezüglich des Sollzustands hat, der zusammen mit den Betroffenen erarbeitet wird, der gesteuert, überprüft

und fortentwickelt wird, bei dem die Budgetfragen geklärt werden und der eine konkrete und klare Handlungsorientierung mit messbaren Zielen enthält. Wir brauchen auch Zeitvorgaben für Berichte und Berichte über Zwischenschritte, um das Ziel der Barrierefreiheit in zehn Jahren zu erreichen. Ganz wichtig ist für uns die Teilhabe der Betroffenen.

Ich bin eigentlich kein großer Fan dieser Bundesländer-Vergleiche. Aber weil ich weiß, dass die bei Ihnen sehr beliebt sind, will ich Ihnen ein Beispiel an die Hand geben: Das Land Rheinland-Pfalz hat im Jahr 2010 als erstes Bundesland einen solchen Aktionsplan aufgelegt und ihn – das ist wichtig – stetig fortgeschrieben und weiterentwickelt. Aktuell ist man dabei, aus diesem Aktionsplan der Landesregierung einen echten Landes-Aktionsplan zu machen, der nicht nur das Regierungshandeln abbildet, sondern auch die gesamte interessierte Öffentlichkeit einbezieht: Institutionen, Verbände, Initiativen. Es gab sogar Workshops mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern mit und ohne Behinderung; es gab Internetforen usw. Man hat in allen Bereichen wirklich eine inklusive Gesellschaft abgebildet. Der Behindertenbeauftragte führt aktuell in Rheinland-Pfalz mit allen Ministerien auf Staatssekretärebene Gespräche zur Abfrage in den Ressorts, welche Bestandteile des Aktionsplans 2010 jetzt schon umgesetzt sind und welche Maßnahmen als nächste kommen sollen. Dass der Behindertenbeauftragte eine solche Koordinierungsfunktion übernimmt, ist nach meiner Auffassung ein kraftvolles Zeichen. Das würden wir uns auch wünschen.

Dann möchte ich zu einem ganz besonders wichtigen Thema kommen, zur Frage 4. Wir haben gefragt, welche Vorschriften, welche Gesetze und welche Verordnungen nach Auffassung der Staatsregierung geändert werden müssen, um das Prinzip der Barrierefreiheit in Bayern umzusetzen, wie von Ministerpräsident Seehofer angekündigt wurde. Nach Auffassung der Staatsregierung besteht momentan kein Rechtsänderungsbedarf, auch im Hinblick auf das Bayerische Behindertengleichstellungsgesetz wird kein Änderungsbedarf gesehen. - Da irren Sie sich. Inzwischen – das ist schon im Dezember 2014 gewesen – haben sich die DIN-Normen geändert. Inzwischen gibt es

in der bekannten DIN 18040-3 eine neue Formulierung. Sie hat das alte Recht ersetzt und geändert. Sie ist jetzt Pflicht. Diese Planungsregeln gelten für das barrierefreie Bauen im gesamten Außenbereich. Die Norm enthält Grundregeln wie Maße für benötigte Verkehrsräume, richtige Maßeinheiten, Grundanforderungen zur Information und zur Orientierung und zum Zwei-Sinne-Prinzip, Anforderungen an die Oberflächen, an das Mobiliar im Außenbereich und an die Wegeketten. Diese Norm – das ist neu – beruht auf einem sogenannten Performancekonzept. Das heißt, sie ist ein Normenkonzept, das es dem Anwender überlässt, wie und mit welchen Mitteln er die Anforderungen erfüllt.

Das heißt aber auch, dass die alten, überholten Normen dringend geändert werden müssen und dass die Bauverordnungen geändert und angepasst werden müssen. Daran besteht ein dringender Bedarf. Die Vorgaben sind klar. Sie müssen jetzt umgesetzt werden.

Eines noch ganz kurz, weil mir die Zeit ausgeht: Die Kollegin Celina hat auf den ersten Aktionsplan von vor einem Jahr hingewiesen, der leider nicht verwirklicht wurde. Er ist leider durch das Veto des Finanzministeriums kassiert worden, dass es einen Grundsatzbeschluss der Staatsregierung gebe, die Inklusion in Bayern dürfe kein zusätzliches Geld kosten. Wenn dem so ist, müssen Sie den Grundsatzbeschluss ganz schnell ändern. Wir brauchen keine weiteren Sonderinvestitionsprogramme, in denen kein Geld steckt.

(Beifall bei der SPD)

Bei dem, was wir bis jetzt haben, zum Beispiel die Förderung von Linienbussen, die Sie, Herr Kollege Rotter, angesprochen haben, werden Bundesmittel durchgereicht. Das ist kein neues Geld, und da müssen wir noch einmal grundsätzlich werden. Wir reichen Ihnen die Hand. Wir wollen zusammenarbeiten, weil wir wirklich ein barrierefreies Bayern wollen. Wir drücken aber auf die Tube und lassen da nicht locker – nicht

um Sie zu ärgern, sondern weil wir dieses Ziel erreichen müssen. Aufgabe der Opposition ist die Kontrolle.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat die Kollegin Schreyer-Stäblein von der CSU das Wort. Bitte schön.

Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute die Interpellation zu beraten, und ich muss sagen: An der Interpellation kann man sehen, wo wir keine Kenntnisse haben. Wir können aber auch an vielen Stellen sehen, was sich bewegt. Ich hätte mir gewünscht, dass man auch das einmal in den Fokus nimmt.

Wir alle können Ministerpräsident Seehofer heute dafür danken, dass er das Ziel der Barrierefreiheit so sehr in den Blick nimmt und dieses Thema auch so deutlich gesetzt hat. Die Kollegin Wild hat vorhin davon gesprochen, dass es viele Abstimmungsprozesse zu allem und mit jedem hätte geben müssen. Wissen Sie, ich habe nichts dagegen, wenn ein Ministerpräsident sagt: Das ist mir wichtig, da möchte ich hin. Dann können die Truppen miteinander überlegen, was man alles tun muss. Wir können froh sein, dass Ministerpräsident Seehofer dieses Ziel gesetzt hat. Ich finde es ganz spannend, dass es offensichtlich Kollegen gibt, die schon 2015 wissen, dass es 2023 ein Problem geben kann. Nach dem, was ich bisher lese und was mir an Informationen zur Verfügung steht, kann ich nur sagen: Wir sind sehr wohl gut im Lauf. Besser machen kann man natürlich alles.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Genauso wie bei der Energiepolitik!)

– Ich finde es sehr schade, dass Sie die Themen vermischen wollen. Wir können auch über Energiepolitik sprechen. Ihr Ansatz für die Interpellation war ein anderer. Mir persönlich ist es wichtig, dass wir über Barrierefreiheit sprechen. Bis zu Ihrem Zwischen-

ruf eben hatte ich verstanden, dass das der SPD auch wichtig ist. Aber vielleicht ist es doch ganz anders.

Ich bin sehr froh, dass wir heute über Barrierefreiheit sprechen können, weil es zum einen um Geld, zum anderen aber auch um die Barrieren geht, die wir im Kopf haben. Genau deswegen ist es wichtig, dass wir uns alle miteinander darauf verständigt haben, den Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention sehr ernst zu nehmen, und über die Möglichkeit der Teilhabe auch im Bildungsbereich sprechen. Mein Part ist es, in den verbleibenden drei Minuten über den Bildungsbereich zu sprechen.

Sie wissen, wir haben für die Betreuungseinrichtungen, für die in erster Linie die Kommunen zuständig sind, im Rahmen des FAG Geld zur Verfügung gestellt. Die Kommunen können das Geld abrufen und haben die Möglichkeit, wirklich vorwärtszukommen. Sie wissen auch, dass Sachaufwandsträger für die Schulen die Kommunen sind. Genau deswegen war es uns wichtig, im Rahmen des FAG Geld in den Haushalt zu stellen. Wir haben eine Arbeitsgruppe von Staatsregierung und Kommunen, die versucht, dieses Thema miteinander auf den Weg zu bringen. Mehrere Redner haben zu Recht angesprochen, dass es ein gemeinsames Spiel der verschiedenen Partner sein muss. Ich habe nicht die Sorge, dass es nicht funktioniert, wenn man miteinander redet und das miteinander entwickelt. Wenn man liest, welche Pläne wir haben, sieht man, dass das Ganze bisher recht gut in Schuss ist.

Zur Erinnerung: In Artikel 10 FAG haben wir Geld. Wir haben auch noch die Zuweisungsrichtlinie FAZR – ich habe sie mir extra herausgesucht –, nach der im Förderrahmen 80 % vom Freistaat fließen, in Ausnahmefällen sogar 90 %. Man kann also nicht behaupten, der Freistaat würde nicht fördern. Der Kollege Rotter hat schon über die Baumaßnahmen gesprochen; denn um sie wird es maßgeblich gehen.

Aber das eine ist das Geld, und das andere ist der Bewusstseinswandel. So manche Rede habe ich bis jetzt eher als barriereerhöhend denn als barriereresenkend empfunden. Wenn wir Mut machen wollen, damit jeder in dieser Gesellschaft und jede politi-

sche Ebene ihren Beitrag leistet, müssen wir mit Feuereifer formulieren: Uns ist es wichtig, dass die Barrieren in den Köpfen und in der Realität abgebaut werden.

Frau Waldmann, ich fand Ihre Ausführungen deswegen sehr wichtig. Sie haben an vielen Stellen darauf hingewiesen, was zu tun ist. Das müssen wir auch miteinander tun. Aber es hilft uns nichts, nur zu sagen: Alles schlimm, alles schrecklich. Wir müssen miteinander überlegen, wie wir die Punkte angehen.

Der Kollege Fahn hat davon gesprochen, dass die Bürger darauf achten werden, welches Versprechen gehalten worden ist. Da stimme ich Ihnen zu. Deswegen ist Ministerpräsident Seehofer auch souverän wiedergewählt worden. Ich bin ganz Ihrer Auffassung.

(Beifall bei der CSU)

Wir brauchen neben allen Geldfragen und neben einem Bewusstseinswandel natürlich Information. Deswegen war es wichtig, dass die Beratungsstelle "Barrierefreies Bauen" erweitert wurde und die Architektenkammer die Möglichkeit hat, jeden zu beraten, der das braucht; denn man kann unter Barrierefreiheit durchaus sehr unterschiedliche Dinge verstehen. Das ist wichtig, und da werden wir dranbleiben müssen.

Wir brauchen natürlich Standorte, und die Zahl der Standorte hat sich ja verdoppelt. Genauso notwendig ist es natürlich, Anreize zu schaffen, damit Barrieren abgebaut werden. Wir müssen uns miteinander überlegen, wie wir es schaffen können, dass die Privatwirtschaft Anreize schafft. Das Audit Barrierefreiheit leistet dazu einen Beitrag.

Mir ist bewusst, dass man all diese Punkte ergänzen, ausweiten und beraten kann. Aber wir sollten auch festhalten, was in den letzten zwei Jahren alles geschehen ist. Ich glaube, damit können wir sehr zufrieden sein. Wir brauchen natürlich eine breit angelegte Kampagne, um das Ziel "Bayern barrierefrei" 2023 zu erreichen. Deswegen war es wichtig, im Doppelhaushalt neben den Geldern in den Einzelhaushalten noch

3,5 Millionen Euro für flankierende Maßnahmen einzustellen, damit wir wirklich vorwärtskommen.

Vorhin wurde davon gesprochen, dass wir noch einmal einen Aktionsplan organisieren sollen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, ich darf Sie an die Zeit erinnern.

Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Ich möchte nur noch sagen, dass ein Aktionsplan noch lange nicht heißt, dass alles umgesetzt wird. Wir haben das Papier "Barrierefreiheit 2023". Ich glaube, dass wir mit ihm sehr gut zurechtkommen. Wir werden sicher gemeinsam durch flammende Reden für Barrierefreiheit und nicht nur durch Bedenken dafür Sorge tragen, das Thema auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Die Frau Kollegin Celina hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Kerstin Celina (GRÜNE): Liebe Kollegin, Sie haben davon gesprochen, dass wir eine Kampagne brauchen und dass die Barriere in den Köpfen beseitigt werden muss. Sie haben appellativ ganz viele Maßnahmen aufgezählt. Aber mir fehlt eine Bestandsaufnahme, was schon getan wurde und was an zusätzlichem Geld kommen wird. Zum Beispiel hätten wir schon längst eine Fachstelle einrichten können, die die notwendige fachliche Expertise und das planerische Know-how für eine barrierefreie Gestaltung sämtlicher Lebensbereiche bündelt, anstatt nur die Architektenkammer zu benennen.

Wir hätten schon längst ein zentrales bayerisches Informationsportal als Online-Angebot einer groß angelegten Kampagne für Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung schaffen können. All das ist in den letzten zwei Jahren noch nicht geschehen. Wir haben kein eigenes großes Förderprogramm für die Kommunen, und wir haben nichts an konkre-

ten Maßnahmen, die in den ersten zwei Jahren schon ohne eine große Bestandsaufnahme hätten kommen können. Das finde ich enttäuschend.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. - Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Frau Kollegin Celina, wenn ich im Internet suche, finde ich viele Informationen zur Barrierefreiheit. Das ist der erste Punkt. Zum Zweiten möchte ich Ihnen sagen, dass sich gerade die Kommunen oftmals sehr gut auf den Weg gemacht haben und dass viele Landratsämter und Kommunen sehr wohl Informationen haben. Es ist nicht so, dass die Informationen nicht vorhanden wären. Wir müssen erreichen, dass auch jeder in den Kommunen versteht – der Freistaat versteht es –, warum wir Barrierefreiheit brauchen, und dann seinen Job in seinem Verantwortungsbereich erledigt. Was dazu nicht beiträgt, ist die polemische Frage, ob der Ministerpräsident da ist. Was dazu auch nicht beiträgt, ist bloßes Meckern und der Hinweis darauf, was angeblich alles nicht läuft.

Wir könnten durchaus Beratungsstellen schaffen. Allerdings würde sich keine einzige Kommune wirklich daran orientieren. Die Kommunen machen ihr Ding, und zwar in der Stärke, in der sie es machen wollen - die einen mehr, die anderen weniger.

Wir alle haben den Vorteil, dass wir in Gemeinderäten, Kreisräten oder Stadträten vertreten sind. Dort kann jeder von uns entsprechende Vorhaben anschieben, damit es auch mit dem gesamten Projekt vorwärtsgeht.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Schreyer-Stäblein, Frau Kollegin Margit Wild hat sich noch einmal gemeldet.

Margit Wild (SPD): Frau Kollegin, ich finde es wunderbar, wenn man sich die Dinge durch die rosarote Brille anschaut. Aber ab und an sollte man sie abnehmen.

Sie sagen, eine Beratung könne durch die Architektenkammer stattfinden. Dann frage ich Sie: Wissen Sie um die personelle Besetzung? Wissen Sie, dass im Grunde nur ein Architekt dafür zur Verfügung steht?

Dann sagen Sie, überall in den Kommunen funktionieren das schon sehr gut, und die Landratsämter würden das umsetzen. Ist Ihnen bekannt, was in den Antworten zu der Interpellation dazu zu lesen ist? Dort steht, man sei sich der Problematik bewusst, müsse aber noch stark sensibilisieren; bei den Bezirksregierungen sollen entsprechende Stellen eingerichtet werden, um die Aufgaben zu bewältigen. Es scheint also noch großer Handlungsbedarf zu bestehen. Ist Ihnen das bekannt?

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Schreyer-Stäblein, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Frau Kollegin Wild, da ich Linsenträgerin bin, brauche ich keine rosarote Brille aufzusetzen; mir ist der Durchblick auch so möglich. Das ist ein großer Vorteil, den ich habe.

(Zuruf von der SPD: Oh!)

Ich kann Ihnen dazu nur sagen: Die Architektenkammer hat bereits 1997 im Landkreis München, in dem ich seit 1996 Kreisrätin sein darf, Vorträge zu diesem Thema gehalten. Wir hatten bereits damals die Möglichkeit, entsprechende Erkenntnisse zu gewinnen und Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Unabhängig von der politischen Farbe des Landrats beziehungsweise der Landrätin war es uns fraktionsübergreifend möglich, unsere Vorhaben umzusetzen, auch weil wir das Ziel mit Verve und Freude vertreten haben; das hilft manchmal.

Der Sozialausschuss, in dem ich mit zuständig sein darf, hat für den Landkreis München extra Stellen für die Beratung eingerichtet. Ein Architekt steht als Ansprechpartner bereit. Das ist insbesondere dann wichtig, wenn es um die Herstellung von Barriere-

refreiheit für ältere Menschen geht. Der Architekt kann für den Umbau des Hauses wichtige Hinweise geben.

Wir haben in viele Richtungen etwas in die Wege geleitet. Ich bin mir sicher, dass der Landkreis München nicht der einzige Landkreis ist, der so agiert hat. Falls dem doch so sein sollte, wäre das sehr schade. Klar ist: Wir alle können einen Beitrag dazu leisten, dass wir weiter vorankommen.

Sie von der Opposition können an allen möglichen Stellen mehr fordern; diese Möglichkeit haben Sie. Ich fände es schöner, wenn wir alle hinausgehen und die Menschen motivieren würden. Das gelingt zum Beispiel dadurch, dass wir darauf hinweisen, wie viel schon funktioniert, nicht aber dadurch, dass wir immer nur meckern und sagen, was alles noch möglich wäre.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat Herr Kollege Hanisch von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren! "Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube", möchte ich als letzter Redner nach dieser Diskussion sagen.

Herr Kollege Unterländer, da Sie der Kollegin Wild gesagt haben, wenn sie sich informieren würde, würde sie anders reden, möchte ich Ihnen entgegen: Würden Sie sich informieren, dann könnten Sie die Leistungen des Freistaates Bayern auch anders messen.

Ich kann mich an meine Anfangsjahre als junger Bürgermeister erinnern. Damals beteiligte sich meine Heimatgemeinde an dem Wettbewerb um die "behindertenfreundlichste Gemeinde" des Freistaates Bayern. Es gab vier Kategorien. Wir erreichten den ersten Platz; aber deshalb erwähne ich das nicht. Ich möchte aber sehr wohl erwähnen, dass bei der Preisverleihung der damalige Ministerpräsident Franz Josef Strauß -

soweit ich mich erinnern kann, gehörte er der CSU an - betonte, wie wichtig für den Freistaat Bayern Behindertenfreundlichkeit und Barrierefreiheit seien. Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen die Rede übermitteln; ich habe sie mir aufgehoben. Das war vor 31 Jahren!

Heute messe ich Sie nicht an den Aussagen Ihres damaligen Ministerpräsidenten. Ich weise allerdings darauf hin, dass in den vergangenen 31 Jahren immer die CSU in der Regierungsverantwortung war. Heute messe ich Sie an dem, was in diesen 31 Jahren passiert ist.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Nichts!)

Passiert ist relativ wenig; sonst wären in den Diskussionsbeiträgen, die wir heute gehört haben, nicht all die Ziele, die schon damals formuliert wurden, erneut hervorgehoben worden. Schon damals ist gesagt worden, Barrierefreiheit und Behindertenfreundlichkeit gehörten zu den wichtigsten Zielen Bayerns. Dieselben Worte habe ich heute wieder gehört. Allerdings sollen die Ziele in 10 Jahren erreicht werden. In den über 30 Jahren zuvor ist also – ich habe es schon gesagt - relativ wenig passiert. Angesichts dessen sollten Sie, Herr Unterländer, nicht so forsche Worte wählen. Ich sage Ihnen: Wenn Sie sich informiert hätten, dann würden Sie das anders beurteilen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Meine Damen und Herren, wir liegen im Prinzip gar nicht weit auseinander. Nachdem ich die Beiträge der Vorredner gehört habe, fällt es mir schwer, noch etwas zu finden, was nicht erwähnt worden ist. Ich könnte auf Defizite bei der Barrierefreiheit unserer Bahnhöfe verweisen. Da geht es nicht nur um kleine Orte, sondern auch um Städte wie Augsburg und Würzburg. Ich könnte auch Kempten, Kaufbeuren, Weiden und Schwandorf nennen. Dann würden Sie mir wieder entgegen, zuständig sei die Bahn bzw. der Bund. Sie wissen genau, dass der Freistaat Bayern sozusagen Teil des Pakets ist. Wir würden auch der Bedeutung des Freistaates Bayern in keiner Weise gerecht, wenn wir plötzlich behaupten würden, wir könnten auf diesem Gebiet nichts ma-

chen, weil die anderen zuständig seien. Ich gehe davon aus, dass wir im Bund und bei der Bahn so viel Einfluss haben, dass dann, wenn wir ihn geltend machen würden, unsere Bahnhöfe besser ausgestattet wären, als sie es heute sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Ich habe gehört, dass es eine Datenbank zu Defiziten bzw. zum Nachholbedarf bei der Barrierefreiheit in staatlichen Gebäuden gibt. Ich wünsche mir, dass es so etwas auch für die kommunale Ebene gibt. Im Zeitalter der EDV ist das sicherlich kein großes Problem. Dann wüssten wir, worüber wir reden.

Da die kommunale Ebene häufig erwähnt wurde, noch eine Anmerkung dazu: Meine Damen und Herren von der Staatsregierung, betrachten Sie die Kommunen als Partner! Dort draußen sind Leute, deren primäres Interesse es ist, Barrierefreiheit für ihre Bürger zu schaffen. Die Leute vor Ort nehmen auch eigenes Geld in die Hand. Sie erwarten aber, dass der Freistaat für die Kommunen geeignete Programme auflegt. Ein paar gibt es, das wissen wir, aber da muss noch viel mehr passieren. Es bedarf einer höheren Förderung; sonst sind die Kommunen nicht in der Lage, diese Aufgaben zu erfüllen. Es geht übrigens nicht nur um barrierefreie Rathäuser – dafür gab es einmal ein Staatsprogramm; warum es nicht fortgeführt wurde, weiß ich nicht -, sondern auch um Schulen, um Kindergärten und um den Gehsteig, den ein alter Mann oder eine alte Frau überqueren muss, was schwieriger ist, wenn die Bordsteine nicht abgesenkt sind. Diese Aufzählung ließe sich x-beliebig verlängern.

Das sind wichtige Punkte. Sie haben einen Partner, auf den Sie Einfluss haben, liebe Emilia Müller. Nutzen Sie diese Gelegenheit! Nutzen Sie die Bereitschaft der Kommunen, für Barrierefreiheit und Behindertenfreundlichkeit noch mehr zu tun, indem Sie ihnen ein bisschen mehr Geld zur Verfügung stellen und neue Programme auflegen! Durch den Multiplikatoreffekt würden Sie ein Vielfaches dessen erreichen, was Sie erreichen, wenn der Freistaat die Kosten selbst übernimmt, weil er keine Partner hat, mit denen er sie teilen kann.

Meine Damen und Herren, vorhin ist der Satz gefallen: Barrieren müssen auch in den Köpfen abgebaut werden. – Dem stimme ich zu. Wir müssen aber erkennen, dass wir auch in der Praxis noch mehr tun müssen. Das habe ich vorhin in allen Diskussionsbeiträgen gehört. Tun wir es! Nicht nur Worte, sondern auch Taten müssen unserer Diskussion folgen. Das wünsche ich mir. – In diesem Sinne bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Frau Staatsministerin Müller hat für die Staatsregierung um das Wort gebeten. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern soll bis 2023 im öffentlichen Raum barrierefrei sein. Das hat der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung im November 2013 als besonders anspruchsvolles und richtiges Ziel formuliert. Barrierefreiheit und Behindertenfreundlichkeit sind dem Ministerpräsidenten ganz besondere Anliegen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Dann muss er mehr tun!)

Mit dem Programm "Bayern barrierefrei" packen wir es an – mehr als jemals zuvor.

Barrierefreiheit ist für sehr viele Menschen von zentraler Bedeutung: natürlich für Menschen mit Behinderung, für ältere Bürgerinnen und Bürger, die in ihrer Bewegung eingeschränkt und zum Beispiel mit einem Rollator unterwegs sind, für Familien mit Kinderwagen, für alle, die wegen einer Sportverletzung gerade mit Krücken laufen müssen, oder für Familien, die sich beim Großeinkauf über einen Aufzug statt über Stufen freuen. Kurz: Jeder von uns profitiert von leicht zugänglichen Wegen und Gebäuden. Niemand soll ausgegrenzt werden. "Bayern barrierefrei" ist ein Programm für alle, und dieses Programm ist bundesweit auf jeden Fall einzigartig.

(Beifall bei der CSU)

Was haben wir mit "Bayern barrierefrei" schon erreicht? Die Regierungserklärung von Ministerpräsident Seehofer hat vor allem einen beachtlichen Bewusstseinswandel in den Köpfen der Menschen hervorgerufen. "Bayern barrierefrei" bewegt. Seit dieser Zielformulierung wird Barrierefreiheit in allen Bereichen mitgedacht, mitgeplant und mit umgesetzt. Ich bin davon überzeugt: Dieser Bewusstseinswandel ist ein entscheidender Schritt zu einer inklusiven Gesellschaft. Neben den Barrieren aus Beton sind es vor allem die Barrieren in unseren Köpfen, die wir abbauen müssen.

Mehr Sensibilisierung ist auf jeden Fall ein ganz wesentlicher Ansatz. Wir müssen die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung immer mitdenken. Eine kleine Umformulierung macht eine behördliche Information oft schon leichter verständlich. Beim Neubau von Bordsteinen kostet das behindertengerechte Absenken nichts. Beim Neubau eines Fußgängerüberwegs taktile Elemente für Blinde und sehbehinderte Menschen vorzusehen, kostet rund 500 Euro. Schon ist Menschen mit Behinderungen, aber auch Müttern und Vätern mit Kinderwagen und Radfahrern geholfen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Barrierefreiheit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Alle sind gefordert. Viele Kommunen investieren kräftig in die Barrierefreiheit. Beispiel Taufkirchen, Landkreis Erding: Die Fortschritte bei den abgesenkten Gehwegen, den Zebrastreifen und den Bushaltestellen sind vorbildlich. Beispiele Regensburg und Wasserburg: Die barrierefreie Erschließung der historischen Rathäuser zeigt: Denkmalschutz und Barrierefreiheit schließen sich nicht aus. Das sind keine Einzelfälle; denn gerade auch die kommunalen Behindertenbeauftragten berichten uns: Barrierefreiheit hat allein durch die Regierungserklärung des Bayerischen Ministerpräsidenten eine zunehmende Dynamik erfahren, und vielerorts hat ein grundlegender Bewusstseinswandel eingesetzt. Das zeigt wieder: Bayern barrierefrei bewegt.

Das wollen wir mit einem noch breiteren Informationsangebot rund um das Thema Barrierefreiheit im Internet und mit gezielter Informations- und Öffentlichkeitsarbeit weiter vorantreiben. Barrierefreiheit braucht mehr Information. Darüber sind wir uns

einig. Ab Juli wird allen bayerischen Kommunen der Leitfaden "Die barrierefreie Gemeinde" zur Verfügung stehen. Das Bayerische Innenministerium hat die wichtigsten Erkenntnisse von 16 Modellkommunen aus ganz Bayern zusammengefasst. Wir bauen das Beratungsangebot für Barrierefreiheit bayernweit aus. Künftig werden an mindestens 16 Standorten in Bayern Beratungsstellen zu Barrierefreiheit zu finden sein. Das sind doppelt so viele wie bisher. Seit der Übergabe des Förderbescheides melden sich immer mehr Kommunen, die ebenfalls eine Beratungsstelle haben möchten. Wir gehen darauf ein, und wir bauen das Beratungsangebot auch inhaltlich aus. Die Beratungsstelle Barrierefreies Bauen der Bayerischen Architektenkammer berät in Zukunft in allen Fragen zur Barrierefreiheit; das geht vom barrierefreien Bauen bis hin zum barrierefreien Internet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben mit uns mit dem Programm "Bayern barrierefrei" viele weitere Ziele gesetzt. Das umfasst viele Themen, die auch in der Interpellation der SPD aufgeführt sind, zum Beispiel staatliche Gebäude, Bauen und Wohnen, Mobilität, Tourismus oder den gesamten Bildungsbereich. Genau dort setzen wir mit unserem Programm "Bayern barrierefrei" an. Dahinter steht ein Gesamtkonzept, wie wir vorgehen wollen. Dieses Gesamtkonzept haben wir ressortübergreifend erarbeitet.

Uns ist aber bewusst: Alles auf einmal geht nicht. Da wir realistisch sind, gehen wir das Ganze in drei prioritäten Handlungsfeldern an: Mobilität, Bildung und staatliche Gebäude, die öffentlich zugänglich sein müssen. Wir setzen unsere Ziele Schritt für Schritt um. Das gebietet uns auch der Respekt vor der Souveränität des Haushaltsgesetzgebers, des Bayerischen Landtags.

Die Beauftragte der Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung, Frau Badura, ist bei "Bayern barrierefrei" eng eingebunden. Wir stimmen uns mit Frau Badura eng ab. Das gilt sowohl für die Auswahl der Handlungsfelder als auch für die Weiterentwicklung. Auch die Interessenverbände von Menschen mit Behinderung sind umfassend eingebunden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist selbstverständlich!)

Sie sind sowohl über das Forum Soziales Bayern als auch über den Landesbehindertenrat fortlaufend über die Weiterentwicklung des Programms "Bayern barrierefrei" informiert.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die sind aber von den Ergebnissen nicht begeistert!)

Natürlich ist mein Ministerium auch mit den kommunalen Behindertenbeauftragten in engem Kontakt. Sie alle geben wertvolle Impulse.

Ziel des ersten Handlungsfeldes Mobilität ist die Verbesserung der Barrierefreiheit beim ÖPNV und auf den Bahnhöfen. Der Freistaat fördert den Kauf von barrierefreien Bussen im Doppelhaushalt 2015/2016 mit jeweils 30 Millionen Euro. Mehr als 400 neue Linienbusse wurden bereits beschafft. Umfangreiche Bestandserhebungen wurden bereits durchgeführt, insbesondere im Bereich der Bahnhöfe und der S-Bahn-Stationen. Von den rund 1.000 Bahnhöfen in Bayern sind rund ein Drittel vollständig barrierefrei, und ein weiteres Drittel ist barrierefrei zugänglich.

Meine Damen und Herren, der barrierefreie Ausbau von Bahnhöfen ist Aufgabe der Deutschen Bahn und des Bundes. Wir wollen aber schnellere Fortschritte haben. Daher unterstützt der Freistaat die Deutsche Bahn und den Bund mit insgesamt über 60 Millionen Euro. Bis 2018 werden in Bayern fast 400 Millionen Euro investiert, um den öffentlichen Personennahverkehr und die Bahnhöfe barrierefrei zu gestalten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wo bleibt das Nachfolgeprogramm, Frau Ministerin?

Das fehlt!)

Davon profitieren nach Angabe der DB rund 90 % der Bahnreisenden in Bayern – eine beachtliche Zahl. Der Ausbau ist damit nicht abgeschlossen. An einem Folgeprogramm wird gearbeitet.

Unser zweiter Schwerpunkt ist der barrierefreie Zugang zu Kindertageseinrichtungen und zur Schule. Wir wollen die gleichberechtigte Teilhabe von Kindern mit und ohne Behinderung an der Bildung. Verantwortlich für die Barrierefreiheit in der Kinderbetreuung und an Schulen sind vor allem die Kommunen. Der Freistaat unterstützt sie über den kommunalen Finanzausgleich. Dieser steigt allein im Jahr 2015 um rund 250 Millionen Euro auf knapp 8,3 Milliarden Euro. Der Freistaat unterstützt auch Baumaßnahmen bei öffentlichen Schulen und Kindertageseinrichtungen. Die Mittel nach Artikel 10 des Finanzausgleichsgesetzes haben wir im Jahr 2015 auf fast 430 Millionen Euro angehoben. Dies dient auch der Barrierefreiheit und der Inklusion. Förderverbesserungen gibt es insbesondere auch bei Barrierefreiheit und Inklusion. Mit der Absenkung der Bagatellgrenze können zum Beispiel mehr Aufzüge und Treppenaufgänge leichter barrierefrei gestaltet werden. Mit diesen Mitteln kann der von den Kommunen für das Jahr 2015 angemeldete Bedarf vollumfänglich abgedeckt werden.

Unser drittes Handlungsfeld ist der barrierefreie Zugang zu öffentlichen staatlichen Gebäuden. Das betrifft alle Ressorts. Die Oberste Baubehörde koordiniert federführend für alle Ressorts die Barrierefreiheit der staatlichen Liegenschaften, die öffentlich zugänglich sind.

Wir gehen es auch konsequent an. Bei Neubauten und Sanierungen staatlicher Gebäude in Bayern wird Barrierefreiheit standardmäßig berücksichtigt. Kriterien für die Priorisierung der bestehenden Gebäude sind hoher Besucher- und Publikumsverkehr, Maßnahmen, die wir schnell umsetzen können, und Maßnahmen, mit denen wir ohne großen Kostenaufwand eine Verbesserung der Barrierefreiheit erreichen. Das sind zum Beispiel Rampen, Aufzüge, Parkplätze, taktile Leitsysteme und vieles andere mehr.

Für bauliche Investitionen in barrierefreie Maßnahmen in staatlichen Gebäuden sieht der Doppelhaushalt 2015/2016 knapp 100 Millionen Euro vor. Mit den Baumaßnahmen wurde bereits zügig begonnen. Wir gehen das Schritt für Schritt an. Die Oberste Baubehörde hat frühzeitig die Erhebung des Bestandes der staatlichen Liegenschaf-

ten zum Stand der Barrierefreiheit bzw. der notwendigen Maßnahmen eingeleitet. Angesichts von Tausenden von staatlichen Liegenschaften, die zu überprüfen sind, dauert dies natürlich eine gewisse Zeit. Die Erhebung wird voraussichtlich bis Sommer dieses Jahres abgeschlossen sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch der barrierefreie Tourismus ist uns im Urlaubsland Bayern ein Anliegen. Wir wollen, dass auch Menschen mit einer Behinderung sorgenfrei in den Urlaub fahren können, ohne sich Gedanken machen zu müssen, wie sie denn am Urlaubsort mit ihrer Behinderung zurechtkommen. Im Sommer wird daher das Bundesprojekt "Reisen für Alle" in Bayern eingeführt. Alle Interessierten können sich dann auf einer Internetplattform über zertifizierte Angebote, Orte und Betriebe in Bayern informieren. Auch das ist ein Baustein des Programms "Bayern barrierefrei" und wird von einer kräftigen Anschubfinanzierung durch das Wirtschaftsministerium unterstützt. Sie sehen also, "Bayern barrierefrei" bewegt.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, zusätzlich zum Programm "Bayern barrierefrei" setzen wir auch weiterhin die Handlungsfelder unseres Aktionsplans zur Inklusion um, zum Beispiel die DIN-gerechte Barrierefreiheit der Krankenhäuser. Parallel zu den bereits begonnenen Maßnahmen entwickeln wir auch das Programm und die nächsten Handlungsschritte weiter. Wir sind dazu aktuell in der Abstimmung mit allen Ressorts, und unsere interministerielle Arbeitsgruppe arbeitet hier intensiv an der Weiterentwicklung.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, für die drei priorisierten Handlungsfelder und die flankierenden Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung stellt in den Jahren 2015 und 2016 alleine der Freistaat insgesamt über alle Ressorts hinweg ein Investitionsvolumen von fast 205 Millionen Euro zur Verfügung – und, liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind 205 Millionen Euro. Meine Damen und Herren von der SPD, Sie sollten sich schon richtig informieren, bevor Sie einfach eine Null unterschlagen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Jawohl! – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Zusätzlich investiert der Freistaat im Rahmen der Wohnraumförderung jedes Jahr über 200 Millionen Euro insbesondere in den sozialen Wohnungsbau.

(Volkmar Halbleib (SPD): Also alles wunderbar!)

Da alle geförderten Mietwohnungen grundsätzlich barrierefrei geplant sein müssen, kommt natürlich auch ein erheblicher Teil der Förderung mittelbar oder unmittelbar der Barrierefreiheit zugute; der Kollege Rotter hat dies ja vorhin auch schon angesprochen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Interpellation der SPD-Fraktion "Bayern barrierefrei 2025" ist ein umfangreicher Fragenkatalog mit 227 Fragen, die wir korrekt beantwortet haben. Ich danke allen beteiligten Kolleginnen und Kollegen aus den Ressorts für ihre Mitarbeit.

Der Herausforderung Barrierefreiheit müssen sich alle Verantwortungsträger ausnahmslos stellen. Ich freue mich deshalb auch, dass Barrierefreiheit auch hier im Bayerischen Landtag bei allen Kolleginnen und Kollegen auf so breite Resonanz stößt. Meine Damen und Herren, ein barrierefreies Bayern im öffentlichen Raum erreichen wir mit breiter Akzeptanz und Unterstützung bei allen Beteiligten. Dazu müssen Bund, Land, Kommunen, Wirtschaft und Gesellschaft gemeinsam ihren Beitrag leisten, und gemeinsam schaffen wir auch die Barrierefreiheit in Bayern. Der Freistaat Bayern geht mit gutem Beispiel voran. "Bayern barrierefrei" bewegt! - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Ich darf Sie bitten, für eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Waldmann noch mal ans Rednerpult zu kommen. – Bitte schön, Frau Kollegin.

Ruth Waldmann (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Ministerin! Ich habe eigentlich nur ein paar Fragen, auch Verständnisfragen. Sie haben die interministerielle Arbeitsgruppe erwähnt, die unter der Federführung Ihres Ressorts arbeitet. Ist das jetzt nach wie vor das Gremium, in dem die entscheidenden Planungen passieren, und wie steht das im Verhältnis zu diesen Modellregionen, zu dem, was demnächst vorgestellt wird? Also, die Abschlussveranstaltung zur Modellphase mit 16 Kommunen wird leider am Termin einer Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses in der Oberpfalz stattfinden. Wir bedauern das sehr, weil keine Sozialpolitikerin und kein Sozialpolitiker aus diesem Haus daran teilnehmen kann und aus erster Hand erfährt, was jetzt dabei herausgekommen ist.

Mich interessiert aber natürlich: Wo spielt die Musik, und wo finden die entscheidenden Planungsschritte statt? Arbeitet diese Arbeitsgruppe weiterhin? Ich würde mir auch wünschen, dass das, was Sie offenbar vor einem Jahr schon zusammengetragen haben, etwas offener diskutiert werden könnte. Sie haben ganz am Anfang einmal von 1,5 Milliarden für die Gesamtaufgabe gesprochen. Was dieses Aktionsprogramm vor einem Jahr anging, war von 176 Millionen die Rede, und wie wir wissen, ist im Haushalt leider nicht so viel eingestellt worden. Wir haben natürlich keine Null vergessen, sondern das herausgerechnet. Was als neue Mittel dann wirklich nur übrig bleiben, sind aus unserer Sicht diese zweimal 20 Millionen.

Mich interessiert aber: Wie viel können Sie denn von dem Aktionsplan des letzten Jahres, der ja offenbar gründlich erarbeitet wurde, umsetzen mit den Mitteln, die Sie im Moment an die Hand bekommen? Oder umgekehrt gefragt: Wie viel brauchen Sie, um diesen mit allen Ressorts abgestimmten Plan tatsächlich auf den Weg bringen zu können?

Wir haben in unserer Interpellation auch gefragt, welche Planungen die Staatsregierung verfolgt, um alle öffentlichen Gebäude im Sinne von Artikel 10 des Bayerischen Behindertengleichstellungsgesetzes barrierefrei zugänglich zu machen. Der entscheidende Satz in der Antwort war: Ziel ist es, bis 2023 über die bisherigen Aktivitäten hi-

naus Maßnahmen zur barrierefreien Erschließung und Ausstattung bestehender Gebäude zu ergreifen. Uns ist das zu wenig konkret, und wir möchten das natürlich genauer wissen.

Sie haben auch gesagt, Sie informieren regelmäßig den Behindertenbeirat.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, zwei Minuten für eine Zwischenbemerkung, bitte.

Ruth Waldmann (SPD): Jawohl. - Wir würden uns wünschen, dass Sie auch ihn in die Arbeit miteinbeziehen.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Wir können den Behindertenbeirat gerne in die Arbeit miteinbeziehen, gar keine Frage. Wir informieren auch gerne und beraten mit ihm. Das tun wir selbstverständlich, und wir sind ja auch auf dessen Impulse und auf die Ideen angewiesen. Was aus eigener persönlicher Erfahrung eingebracht wird, ist für uns ja auch ein wertvoller Beitrag, weil wir uns daran orientieren können.

Was wir als Aktionsprogramm ganz am Anfang in der interministeriellen Arbeitsgruppe erstellt hatten, war die Basis dafür, um daraus die Handlungsfelder zu entwickeln. Das haben wir getan. Wir haben drei Handlungsfelder priorisiert; das ist unser Plan für diese zwei Jahre, 2015 und 2016. Die interministerielle Arbeitsgruppe arbeitet, um weitere Prioritäten zu entwickeln, und wir werden im Ministerrat dann unter anderem entscheiden, was die nächsten Prioritäten sind. Ich kann Ihnen versichern: Wir schaffen alle gemeinsam die Barrierefreiheit bis zum Jahr 2023.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Ministerin, wir haben eine weitere Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Fahn. – Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Frau Ministerin, ich stelle Ihnen drei Fragen, die ich bereits zum Teil in meiner Rede angesprochen habe.

Was halten Sie erstens von den Zielen der UN-Behindertenrechtskonvention? Diese Ziele sollten wir irgendwie in das Landesentwicklungsprogramm einbauen. Was halten Sie davon?

Die zweite Frage bezieht sich auf eine Forderung von Frau Badura. In der Bayerischen Bauordnung wird bisher nur eine Pflicht zur Barrierefreiheit für öffentlich zugängliche Bauanlagen vorgesehen. Frau Badura fordert, den Passus, der sich auf den Besucherverkehr bezieht, zu streichen. Sie fordert eine Erweiterung.

Die dritte Frage bezieht sich auf die 16 Modellkommunen. Wir sind alle der Auffassung, dass das, was dort gemacht wird, positiv ist. Die Ergebnisse werden in Kürze vorgestellt. In den Modellkommunen sind sehr viele engagierte Leute. Dort haben viele Veranstaltungen stattgefunden. Die Leute sind motiviert und erhalten nur eine kleine Broschüre. Sie würden in ihrem Ort jedoch gerne konkrete Maßnahmen umsetzen. Ich frage Sie: Wäre es nicht sinnvoll, diese 16 Modellkommunen, die sich sehr viel Mühe gemacht haben, zukünftig in weitere Maßnahmen einzubeziehen, damit deren Know-how genutzt werden kann?

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Staatsministerin, bitte schön.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Ich halte es für wichtig, dass wir diese 16 Modellkommunen identifiziert haben. Sie sind sozusagen die Trendsetter für die Barrierefreiheit und geben allen Kommunen in Bayern Impulse. Ich gehe davon aus, dass die kommunalen Spitzenverbände daran interessiert sind, dass sich alle Kommunen einbringen, miteinander ins Gespräch kommen und ihre Erfahrungen austauschen. Dies sollte gemeinsam mit der Obersten Baubehörde und dem gesamten Innenministerium erfolgen.

Selbstverständlich ist die UN-Behindertenrechtskonvention für uns die wesentliche Grundlage unserer Arbeit. Das habe ich zwar in meiner Rede nicht erwähnt, für uns ist es allerdings entscheidend und wichtig, uns an den Maßgaben der UN-Behindertenrechtskonvention zu orientieren.

Öffentliche Gebäude sollen für alle behinderten Menschen zugänglich gemacht werden. Frau Badura hätte gerne mehr. Lassen Sie uns erst einmal anfangen, dann sehen wir weiter. Wir wollen die Barrierefreiheit bis zum Jahr 2023. Das will auch Frau Badura. Wir arbeiten eng mit ihr zusammen. Das muss unsere gemeinsame Zielsetzung sein.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen und der Tagesordnungspunkt erledigt.